

Pfeift auf die „Brandmauer“! Bürgerliche und Rechte setzten im EU-Parlament schärfere Migrationsregeln durch

Endlich! Endlich hat sich die Mehrheit der Europaabgeordneten der bürgerlich-konservativen und der rechten Parteien aufgerafft, das Richtige zu tun.

„Lass die Köter kläffen, die Karawane zieht weiter“, so ähnlich hätte sich Ex-Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) heute wohl zum Ergebnis in Brüssel geäußert. Die Mehrheit stimmte vorhin im Europaparlament für eine Rückführungsverordnung, die sogenannte „Abschiebezentren“ in Ländern außerhalb der EU erlaubt. Ursprünglich ein Gesetzentwurf der EVP-Fraktion, der auch CDU und CSU angehören.

Deren Fraktionschef Manfred Weber hatte bereits in einem Interview im vergangenen Dezember gesagt: *„Wir werden uns durch niemanden aufhalten lassen, um illegale Migration zu stoppen!“*

Als jüngst bekannt wurde, dass es im Europäischen Parlament „auf Referentenebene“ eine „Koordination“ des weiteren Vorgehens zwischen Mitarbeitern der Union und der AfD gegeben hatte, hyperventilierten sogleich das Konrad-Adenauer-Haus und das Kanzleramt.

Denn Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) lässt keine Gelegenheit aus, seine harte Ablehnung der AfD zu betonen und die „Brandmauer“ nach rechts immer höher zu ziehen.

Aber Fakt ist: Trotz des stürmischen Gegenwindes aus Berlin und einem Trommelfeuer der Mainstream-Medien verabredeten sich Vertreter der EVP – darunter neben der Union auch die österreichische ÖVP – über eine geheime Messenger-Gruppe und trafen sich mit Vertretern der AfD und Abgeordneten der anderen rechten Fraktionen.

Neben Abschiebezentren in Drittstaaten wurden vorhin auch härtere Strafen für abgelehnte Asylbewerber beschlossen, die sich weigern, die EU zu verlassen – von Einreiseverboten bis zur Inhaftierung.

In der emotionalen Debatte stellte EVP-Fraktionschef Manfred Weber noch einmal klar, dass die EU zwar grundsätzlich hilfsbereit sei, doch die Akzeptanz der Bevölkerung bleibe nur dann bestehen, wenn Personen ohne Bleiberecht „konsequent zurückgewiesen werden“. Und Lena Düpont (innenpolitische Sprecherin der EVP) ergänzte: *„Die aktuelle Durchsetzungsquote von Rückführungsentscheidungen ist schlichtweg inakzeptabel.“*

Viele Bürger in den EU-Staaten dürften nun aufatmen, dass sich Brüssel endlich entschieden hat, konsequent einen Kurs einzuschlagen, der seit Jahren überfällig ist.

Dass Grüne und Rote, die Treiber der Massenmigration in Europa, „not amused“ sind, ist nachvollziehbar.

Birgit Sippel, innenpolitische Sprecherin der sozialistischen Fraktion, schimpfte, mit dem Gesetzentwurf würden abgelehnte Asylbewerber „de facto mit verurteilten Straftätern“ gleichgesetzt. Die EVP habe zudem mit der Zusammenarbeit mit der AfD einen „Tabubruch begangen“.

Und das ist richtig. Wir sollten auch in Deutschland damit beginnen, den Willen der Mehrheit der Wähler durchzusetzen, statt uns von politischen Minderheiten am Nasenring durch die Manege ziehen zu lassen.

EU-Parlaments stellt klar: Wo „Wurst“ oder „Steak“ draufsteht, muss Fleisch drin sein

Die Veggie-Lobbyisten in ganz Europa sind aufgeregt. Eine Mehrheit des europäischen Parlamentes hat heute Vormittag auf Antrag von Céline Imart, einer Abgeordneten der französischen Konservativen, beschlossen, im Handel zukünftig Begriffe wie „Tofu-Wurst“ und „Soja-Schnitzel“ zu verbieten. Diese Namen seien irreführend. Burger, Steak, Schnitzel und Würste sollen zukünftig nur so heißen dürfen, wenn sie auch Fleisch enthalten. Außerdem gehe es darum, die Landwirte zu schützen. Bundeskanzler Merz (CDU) und Bundeslandwirtschaftsminister Rainer (CSU) begrüßten die Entscheidung, die allerdings noch von den 27 EU-Mitgliedsstaaten bestätigt werden müssen.

Zugestimmt im Parlament hatten große Teile der konservativen EVP, der auch CDU und CSU angehören, und die rechten Fraktionen.

Céline Imart sagte: „Es geht um Transparenz und Klarheit für den Verbraucher und um Anerkennung für die Arbeit unserer Landwirte.“

Gegenwind kommt von der deutschen Verbraucherzentrale. Die „Projektkoordinatorin Lebensmittelklarheit“, Wetzels, sieht das Verbot kritisch. Sie sagte gegenüber der dpa, es sei wenig hilfreich, wenn Ersatzprodukte keine Namen von Produkten tragen dürften, die typischerweise mit Fleisch assoziiert würden. Bei einem Begriff wie „Veganes Seitan-Schnitzel“ wüssten Verbraucher, was sie geschmacklich erwarten und welche Ersatzzutaten das Produkt enthalte.